

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, 7. 9. 1982

Betr.: Neuordnung der Juristenausbildung

Der Landtag wolle beschließen:

Entschliebung:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. an den Beratungen über den vom Bundesminister der Justiz vorgelegten Gesetzentwurf zur Neuordnung der Juristenausbildung konstruktiv mitzuwirken. Dabei soll sie eine einstufige Ausbildung anstreben, die im Bundesgebiet einheitlich angeboten wird und die die Erfahrungen aus den bisher durchgeführten Modellversuchen berücksichtigt;
2. die angekündigte Gesetzesinitiative im Bundesrat, die an der herkömmlichen zweistufigen Ausbildung festhält, nicht weiterzuverfolgen.

Begründung

Die Juristenausbildung, für die die Gesetzgebungskompetenz beim Bund liegt, muß bis zum Herbst 1984 neu geregelt werden. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt eine Änderung des Richtergesetzes nicht in Kraft treten, so bestünde wieder allein der Ausbildungsgang, der bereits vor einem Jahrzehnt allgemein als reformbedürftig angesehen wurde.

Der Bundesminister der Justiz hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes vorgelegt, der den Rahmen für eine einstufige Juristenausbildung absteckt. Weil die CDU/CSU-Länder bisher die Zustimmung zu einer einstufigen Ausbildung verweigern, besteht allerdings die Gefahr, daß die Ausbildung in den Ländern hinsichtlich der Prüfungen etc. nach Verabschiedung dieses Entwurfs nicht mehr einheitlich ist. Der Justizminister hat aber mehrfach erklärt, daß er bezüglich der Zustimmungsfreiheit des Gesetzentwurfes kompromißbereit sei, wenn seitens der CDU/CSU Bereitschaft bestehe, in der Sache aufgeschlossen zu sein und am Reformkonzept ernsthaft mitzuarbeiten. Dies haben die CDU/CSU-geführten Länder bisher verweigert. Sie sind sogar einer Einladung zur Anhörung über den Entwurf des Bundesjustizministers nicht gefolgt. Statt dessen beabsichtigen sie, nunmehr — federführend durch das Land Niedersachsen — über den Bundesrat einen eigenen Entwurf vorzulegen, der prinzipiell an der herkömmlichen Zweistufigkeit der Ausbildung festhält. Damit ist ein Konfrontationskurs eingeleitet, der befürchten läßt, daß es nicht zu einer Neuordnung kommt, die die Einheitlichkeit der Ausbildung wahrt. Es ist deshalb geboten, daß im Interesse der Sache eine konstruktive Arbeit von seiten der Länder aufgenommen wird.

Ravens
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 10. 9. 1982)